



Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po (www.eiwiw.eu) welfens@eiwiw.uni-wuppertal.de
2015 = 20 Jahre EIIW/preisgekrönte Analysen, weltweite Vernetzung

Pressemitteilung | Postfaktisch Wort des Jahres – Brexit als Menetekel

Abschüssige Wege des Postfaktischen – UK-Brexit als EU-Fehlreferendum

Wuppertal, 12. Dezember 2016 (*pressePostfaktischEIIWwelfens2016Dez*)

Die Gesellschaft für deutsche Sprache hat im Dezember 2016 postfaktisch zum Wort des Jahres erklärt und darauf hingewiesen, dass politische Diskussionen immer mehr emotional geführt werden, während Argumente in den Hintergrund rücken. Das ist für Deutschland – und für andere westliche Länder – keine gute Entwicklung. Denn der Aufstieg des Westens ist, seit der Aufklärung, untrennbar mit der Betonung von Fakten, dem Austausch von Argumenten mit kritischer Diskussion und empirischer Forschung verbunden. Wenn kontrafaktische Behauptungen und emotionalisierte Entscheidungen die Politik bald dominieren sollten, so wird der Abstieg des Westens nur eine Frage der Zeit sein. Der Brexit ist in diesem Kontext ein Menetekel.

Mit dem britischen EU-Referendum vom 23. Juni 2016 hat sich in Großbritannien eine westlichen Rationalitätsstandards nicht entsprechende Jahrhundertentscheidung ergeben – mit einer falschen Mehrheit, wenn man denn die Normal-Informationsstandards von Regierungsarbeit als Bezugspunkt nimmt: Die vom britischen Finanzministerium am 18. April veröffentlichte Analyse zu den langfristigen Vorteilen der EU-Mitgliedschaft zeigte, dass ein britischer EU-Austritt 10% Einkommensverlust mit sich bringt. Aber diese regierungsintern zuvor schon bekannte Zahl ist in der 16seitigen Regierungs-Infobroschüre nicht zu finden, welche die Cameron-Regierung in der Zeit 9.-11. April an alle Haushalte in England verschickte. Also wurde das wichtige Contra-Brexit-Argument eines großen Einkommensverlustes von 1800 Pfund pro Kopf faktisch verschwiegen. Beim Schottland-Referendum 2014 hatte die Cameron-Regierung immerhin zuvor verlautbart, dass 1400 Pfund Einkommensverlust auf jeden Schotten im Fall einer Schottland-Unabhängigkeit zukäme; und der Verzicht auf die Vorteile der britischen EU-Mitgliedschaft (!). Man kann auf Basis von bekannten UK-Popularitätsfunktionen zum Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Regierungspopularität ausrechnen, dass in Kenntnis der 10%-Einkommensverlust bei Brexit das Abstimmungsergebnis am 13. Juni 52% pro EU-Verbleib gewesen wäre – wie im Buch BREXIT aus Versehen im Detail zu lesen ist.

Cameron selbst thematisierte obendrein seit 2013 rhetorisch immer wieder ein Zuviel an EU-Zuwanderung, die für den Staat eine Belastung sei, und machte damit diese Thematik zu einem der Hauptaspekte der Wählerentscheidung, obwohl die Fakten völlig konträr zu den Cameron-Thesen sind. Die EU-Zuwanderung machte pro Jahr nie mehr als 0,2% Bevölkerungszuwachs aus und die OECD zeigte, dass die Erwerbsquote der EU-Zuwanderer höher als der britische Durchschnitt ist; und dass fiskalisch der Staat von der EU-Zuwanderung profitierte. Cameron inszenierte mit seiner Immigrationsrhetorik ein politisches Ablenkungsmanöver: Während seine



Regierung mit massiven Kürzungen bei den Kommunaltransfers von 3,5% des Bruttoinlandsproduktes für lokale Unterversorgung bei öffentlichen Diensten sorgte, schoben viele städtische Bewohner den Zuwanderern dann fälschlich die Verantwortung dafür in die Schuhe.

Dass Cameron nach einer im Gefolge der Bankenkrise auf über 10% gestiegenen Defizitquote die Staatsausgaben stark kürzen musste, war schon klar, aber die Zusammenhänge hier perfide zu vernebeln und letztlich zu einer Anti-EU- und Anti-Zuwanderer-Stimmung beizutragen, ist perfide. Theresa May, unter Cameron Innenministerin und damit für Zuwanderungsthemen zuständig, wurde am 13. Juli neue Regierungschefin, obwohl sie die kontrafaktische Anti-Einwandererrhetorik voll mitrug und auch noch die Punkte-Regelung für Zuwanderer abschaffte, damit Cameron zumindest eine theoretischen Chance hatte, die EU-Zuwandererzahlen auf die versprochenen unter 100 000 zu drücken. Letzteres misslang, war ohnehin abwegig als Versprechen in einem EU-Binnenmarkt, der neben Freihandel und freiem Kapitalverkehr auch freien Personenverkehr garantiert: Von UK einst selbst befürwortet, von der konservativen Regierungschefin Thatcher unterzeichnet.

Die Brexit-Diskussion ist auch in Teilen der deutschen TV-Medien bisweilen absurd, postfaktisch. So interviewte am 20. November Anne Will vor einem Millionen-Publikum in ihrer Sendung Kanzlerin Merkel und formulierte in einer Frage mit Bezug auf das Brexit-Referendum, dass Großbritannien ein EU-Gründungsmitglied sei. Das ist falsch, da UK ja erst 1973 beitrug, 15 Jahre nach der EU-Gründung 1958. Die Kanzlerin sagt in der Antwort auf die Will-Frage sonderbarer Weise keinen Satz zur Fehlinfo von Anne Will, eine Selbstkorrektur lässt auf sich warten.

Die Wissenschaft ist aufgefordert, Qualitätsstandards für Internet und Medienwelt engagiert mit zu entwickeln, die Fakten zu analysieren und zu erklären. Schon beim Thema Indikatoren der Globalisierung zeigen etwa US-Befragungen, dass es eine durchgehende Überschätzung der Internationalisierungsintensität bei Wirtschaft, Telekommunikation und Zuwanderung gibt: Hier gibt es daher auch Fehl-Ängste vor einer Überglobalisierung, die es gar nicht gibt. Für die Wirtschaft sind solche Fehlwahrnehmungen ebenso kritisch wie für die Bürger mit Blick auf den weiteren Anstieg des Wohlstandes. Die Politik sollte zu Wirtschaftsfakten viel besser informieren als bisher – die Expansion des Postfaktischen hieße mehr Populismus und das wiederum liefe auf ein Mehr an Vorurteilen und Fehlpolitik hinaus. „Die BREXIT-Mehrheit im Vereinigten Königreich ist im Übrigen ohne Legitimität, die Cameron-Regierung handelte grob pflichtwidrig in ihrer unglaublich schludrigen Info-Politik zum historischen Referendum“, so Paul Welfens, Präsident des EIIW.

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens ist Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Universität Wuppertal, dort zudem Inhaber des Jean Monnet-Lehrstuhls für Europäische Wirtschaftsintegration und des Lehrstuhls Makroökonomik. Außerdem ist er Vorsitzender des Forschungsinstituts bdvb, Düsseldorf; Non-resident Senior Research Fellow am AICGS der Johns Hopkins University, Washington DC sowie IZA Research Fellow, Bonn.

Paul J.J. Welfens [Brexit aus Versehen](#) Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU, 2017, 401 S.Hardcover € 19,99 (D) | ISBN 978-3-658-15874-3 [Auch als eBook \(€ 14,99\)](#)

Kontakt Christina Wiens | Sekretariat | tel 0202 439-1371 | wiens@eiiw.uni-wuppertal.de